Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7105

10. 05. 90

Sachgebiet 931

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Rock, Weiss (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Weiss (München), Frau Rock, Dr. Briefs, Frau Hillerich, Dr. Knabe, Frau Nickels, Stratmann-Mertens, Such, Frau Dr. Vollmer, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/5080 —

Bahnpolitik in NRW – Zur Lage der Zweigstrecken der Deutschen Bundesbahn („Nebenbahnen“)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

I.

Die Situation des schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in NRW ist geprägt von einer seit Jahren betriebenen Ausdünnung des Streckennetzes der Deutschen Bundesbahn und von einem weitgehenden Rückzug der Bahn aus den ländlichen Gebieten. Damit wird die Deutsche Bundesbahn ihrem Auftrag der Daseinsvorsorge nicht gerecht. Auch für die Bürger/innen außerhalb der Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr muß es die freie Wahl des Verkehrsmittels geben und keinen Autobenutzungs- und damit Umweltverschmutzungszwang.

Ein Blick über die Grenzen in Nachbarländer wie die Niederlande und die Schweiz macht deutlich, wie Schienenstrecken auch in ländlichen Gebieten modern und wirtschaftlich betrieben werden können. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es im Bereich der nichtbundeseigenen Eisenbahnen erfolgreich betriebene Bahnstrecken. Die Bahn kann, wenn sie in die Lage versetzt wird, attraktive Angebote im Hinblick auf die Häufigkeit der Zugverbindungen, auf verbessertes Wagenmaterial und die Einbindung des SPNV in das Gesamtangebot des ÖPNV, die Konkurrenz zum Verkehrsträger Auto durchaus bestehen.

Verstärkte Investitionen im Bereich neuer Wagen stellen einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in NRW dar, denn ein maßgeblicher Anteil der bundesdeutschen Waggon-Industrie hat seinen Sitz in NRW. Auch Investitionen in Schienenstrecken (Modernisierung von Nebenstrecken) könnten Arbeitsplätze sichern.

II.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf

- die Plafondierung der Mittel für die Deutsche Bundesbahn aufzuheben und sie so in die Lage zu versetzen, Investitionen für den Nahverkehr tätigen zu können und nicht das Instrument der Streckenstillegung zur Verringerung der entstehenden Wegekosten zu benutzen.
- ein Konzept zur Förderung des schienengebundenen ÖPNV – unter Einbeziehung der Untersuchung der Studiengesellschaft Nahverkehr im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – zu erstellen, damit die Deutsche Bundesbahn – ggf. in Zusammenarbeit mit den Regionalbahnen bzw. Regionalbahn-Initiativen ihrem Auftrag als umweltfreundliches Verkehrsmittel flächendeckend gerecht werden kann.

III.

Der Deutsche Bundestag äußert sein Befremden über die Tatsache, daß es der Bundesregierung innerhalb von neun Monaten nicht möglich war, Stellung zu beziehen zur Situation der Bahnen in NRW.

Bonn, den 10. Mai 1990

Frau Rock
Weiss (München)
Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333